B e r i c h t

des

Bundesrathes an die h. Bundesversammlung über den Rekurs
der Landschaft Saanen, betreffend Gerichtsstand.

(Vom 18. Juli 1862.)

L i t. I

Bezüglich des von der Landschaft Saanen bei Ihnen erhobenen Rekurses gegen einen Entscheid des Bundesrathes, betreffend Gerichtsstand, haben wir nach dem Staatsrathe von Waadt sammt den Interessenten Anlaß zur Beantwortung geboten, und übermitteln Ihnen nunmehr die vollständigen Akten zu Ihrem Entscheide.

Die Frage, die zum Entscheide kommt, ist einfacher Natur. Entkleidet man sie nämlich des rechtlich irrelevanten Beiwerks, so ist die Frage, welche die hohe Bundesversammlung zu entscheiden hat, folgende:

Ein Herr Cottier, der im Kanton Waadt und im Kanton Bern Grundeigenthum besaß, setzte die Landschaft Saanen zu seiner Erbin ein, indem er ihr jegliche Veräußerung der testirten Grundstücke verbot. Waadtländische Intestaterben des Cottier behaupten, es habe die Testamentserbin letztere Bedingung verletzt und vindiziren nunmehr die auf waadtländischem Gebiete liegenden Grundstücke vor dem waadtländischen Richter. Es liegt nun die Frage vor: Ist dieser kompetent oder muß die Testamentserbin vor dem bernischen Richter belangt werden? Der Bundesrath nahm an, daß der waadtländische Richter kompetent sei.

Die Rekurrentin behauptet, es seien durch diesen Entscheid die Art. 53, 48 und 4 der Bundesverfassung verletzt.

Daß Art. 53 in dieser Sache nichts Entscheidendes sagt, bedarf wol keines weitem Beweises; es dürfte deßhalb der Bundesrath wol mit Recht annehmen, die Rekurrentin habe diesen Artikel statt des Art. 50 falsch zitiert. Eben so kommt Art. 4 nur in sofern zur Sprache, als er das Prinzip des Art. 48 bestätigen soll. Auf diesen letztern wird der Hauptaccent gelegt.

Der Art. 48 der Bundesverfassung soll in folgender Art verlegt sein: Der waadtländische Zivilprozeß schreibe vor, daß Erbschaftsstreitigkeiten vor dem Richter des Wohnortes des Erblassers zu erledigen seien. Nach Art. 48 der Bundesverfassung müsse der Kanton Waadt alle Schweizer in der Gesetzgebung und im gerichtlichen Verfahren gleich den eigenen Bürgern halten, also müssen die Waadtländer-Erben in concreto ihre Klage vor dem bernischen Richter anbringen, als dem Richter des Wohnortes des Erblassers, und da das Umgekehrte geschehen, so sei Art. 48 verletzt. Es bedarf wol keines besondern Scharfsinnes, um den logischen salto mortale dieser Schlussfolgerung herauszufinden. Wenn nämlich der waadtländische Zivilprozeß für Erbschaftsstreitigkeiten das Forum des Wohnortes des Erblassers statuirt, so folgt nach Art. 48 daraus, daß auch ein Berner, der im Waadtlande klagen will, seine Klage vor diesem Richter anbringen kann, ohne daß der Beklagte excipiren darf, er müsse an seinem eigenen Wohnorte belangt werden, weil jenes Recht nur für die Waadtländer und nicht auch für die übrigen Schweizer gelte. Ebenso kann der im Waadtlande domicilirende Berner als Beklagter auf das nämliche Recht Anspruch machen. Wenn aber aus jener Prozeßbestimmung nun gefolgert werden will, es müsse nach Art. 48 jeder Waadtländer, der gegen einen Schweizer eines andern Kantons eine Erbschaftsklage anstellen wolle, denselben ebenfalls außerhalb des Kantons am Wohnorte des Erblassers belangen, so ist die Unrichtigkeit dieses Trugschlusses wol Jedermann klar.

Das einfache Rechtsverhältniß ist vielmehr das: Gemäß der Souveränität der Kantone, die im Art. 3 der Bundesverfassung garantirt ist, hat jeder Kanton das Recht, zu verlangen, daß Prozesse über im Kanton liegendes Gut vor seinen Gerichten verhandelt werden (forum rei sitae). Dieses Recht steht ihm so lange zu, als er sich nicht durch Staatsvertrag (Konfordat) mit einem andern Kanton über ein entgegengesetztes Verfahren verständigt hat. Dieß ist hier nicht geschehen; denn Waadt hat von jeher den Beitritt zu solchen Konfordinen, speziell zu demjenigen von 1822 abgelehnt, und es ist somit im Vollbesitz jener bezeichneten Souveränitätsbefugnisse.

So lange also die waadtländischen Erben ihre vindikationsklage auf das im Kanton Waadt liegende Gut beschränken, wie dieß bis jetzt geschehen ist, so lange kann an der Kompetenz des waadtländischen Richters nicht gezweifelt werden. Uebrigens ist wol auch kein Grund vorhanden, die Unparteilichkeit des waadtländischen Richters bei Beurtheilung dieses Privatrechtsstreites zu bezweifeln; denn was das Rekursmemorial in dieser Beziehung von der Parteinahme des waadtländischen Friedensrichters vorbringt, beruht nur auf einem Mißverständnisse. In einigen Kantonen der Westschweiz ist es nämlich Sitte, daß in die friedensrichterliche Vorladung das Anbringen der Klägerschaft wörtlich aufgenommen und den Beklagten zur Kenntniß gebracht wird. Die Form ist die einer Ansprache des Friedensrichters an den Beklagten, während in That und

Wahrheit der Friedensrichter bloß als Sprachrohr des Klägers dient. Natürlich kommen auf solche Weise in diese friedensrichterlichen Vorladungen Bemerkungen von mancherlei Art, die einem unparteiischen Richter allerdings nicht gut anstehen würden und denjenigen irre führen können, welcher zum ersten Male eine solche friedensrichterliche Vorladung erhält, wie es der Rekurrentin geschehen zu sein scheint.

Unter solchen Umständen ist wol kein Grund vorhanden zu einer Aufhebung des bundesrätlichen Entscheides.

Indem wir somit auf Abweisung des ersten Rechtsbegehrens antragen, bemerken wir lediglich noch, daß uns gar kein Grund vorhanden zu sein scheint, auf das zweite, übrigens ganz neue Rechtsbegehren einzutreten.

Genehmigen Sie, Lit., die erneuerte Versicherung vollkommenster Hochachtung.

Bern, den 16. Juli 1862.

Im Namen des Schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:

Stämpfli.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schick

Note. Unterm 24. Juli 1862 faßte der Nationalrath in vorstehender Rekursache folgenden Beschluß:

„Der Rekurs ist begründet und daher das von Louis Soumis von Rougemont und Mithasten, Klägern gegen die Landschaft Saanen, als Beklagte, vor den Gerichten des Kantons Waadt eingeleitete Rechtsverfahren als wirkungslos und die von dem bernischen Appellations- und Kassationshofe verfügte Verweigerung der Ladung an die Beklagte als gerechtfertigt erklärt.“

Der Ständerath beschloß am 26. Juli 1862 Verschiebung des Gegenstandes auf die nächste Session.

Bericht des Bundesrathes an die h. Bundesversammlung über den Rekurs der Landschaft Saanen, betreffend Gerichtsstand. (Vom 18. Juli 1862.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1862
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	37
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	30.07.1862
Date	
Data	
Seite	56-58
Page	
Pagina	
Ref. No	10 003 799

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.